

FREIBERUFLER-TICKER vom 26. März 2021

1. BFB-Agenda 2020 neu veröffentlicht

Mit seinem [Jahresbericht](#) informiert der BFB seine Mitgliedsorganisationen, Politik und Öffentlichkeit auf 68 Seiten über seine Arbeit, die Aktivitäten und Erfolge. Mit der nun erschienen Ausgabe blickt er auf der freiberuflichen Sichtachse auf das Corona-Jahr 2020 zurück. Nachgezeichnet werden etwa die politische und verbandsinterne Arbeit, die um eine Kampagne angereicherte Kommunikation und die wichtigsten Kennziffern. Das Layout wurde vor allem farblich aufgefrischt. Die kompakte Zusammenschau kann hier heruntergeladen werden oder per E-Mail an info@freie-berufe.de gedruckt bestellt werden – so lange der Vorrat reicht.

2. BMWi zieht Zwischenbilanz zu Stützungsmaßnahmen für die Wirtschaft

Insgesamt belaufen sich die Kredite, Zuschüsse und Bürgschaften zugunsten der Unternehmen bislang auf fast 90 Milliarden Euro. Ein Fokus lag dabei laut einer [Mitteilung](#) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) vom 23. März 2021 von Beginn an auf Kleinstunternehmen: So erhielten etwa 1,8 Millionen Unternehmen mit bis zu zehn Mitarbeitern Soforthilfen von insgesamt 13,6 Milliarden Euro. Die Strategie, Unternehmen und Beschäftigte umfassend zu unterstützen, hat sich aus Sicht des BMWi ausgezahlt. Trotz aller Schwierigkeiten und Herausforderungen auf individueller Ebene sei Deutschland insgesamt im Hinblick auf die konjunkturellen Auswirkungen der Pandemie im internationalen Vergleich bislang relativ gut durch die Krise gekommen.

3. Bund und Länder einigten sich bei den Härtefallhilfen

Wie das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Ende vergangener Woche [mitteilte](#), einigten sich Bund und Länder auf die Ausgestaltung der Härtefallhilfen. Dieses Unterstützungsprogramm ergänzt die bisherigen umfangreichen Unternehmenshilfen und ermöglicht den Ländern nach Einzelfallprüfung eine zusätzliche Unterstützung für Unternehmen anzubieten. Die Härtefallhilfen richten sich an Unternehmen und Selbstständige, die bislang nicht durch die bestehenden Unternehmenshilfeprogramme berücksichtigt werden, aber gleichzeitig coronabedingt in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage sind. Die Förderhöhe orientiert sich an den förderfähigen Fixkosten und beträgt bis zu 100.000 Euro. Mit diesen neuen Hilfen sollen Härten abgemildert werden, die im Zeitraum vom 1. März 2020 bis zum 30. Juni 2021 entstanden oder entstehen werden. Die Unternehmen beantragen die Härtefallhilfe bei ihrem jeweiligen Bundesland über „prüfende Dritte“. Überdies sind bei der Antragstellung die Gründe für die fehlende Antragsberechtigung in den zuvor bestehenden Hilfsprogrammen von Bund und Ländern darzulegen oder ablehnende Bescheide beizufügen. Die Finanzierung der Härtefallhilfen wird jeweils zur Hälfte mit insgesamt 1,5 Milliarden Euro von Bund und Ländern mitgetragen.

4. Erleichterter Zugang zum Kurzarbeitergeld wird verlängert

Das Bundeskabinett beschloss am 24. März 2021, den erleichterten Zugang zum Kurzarbeitergeld um drei Monate bis zum 30. Juni 2021 zu verlängern. Die neue Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Dies soll noch vor dem 1. April 2021 geschehen. Darüber [informierte](#) das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

5. Arbeitslosigkeit reduziert sich im Jahresdurchschnitt

Die Arbeitslosigkeit wird 2021 im Jahresdurchschnitt um 110.000 Personen zurückgehen. Auch die Erwerbstätigkeit erholt sich im Jahresverlauf spürbar, sinkt im Jahresdurchschnitt aber um 80.000 Personen. Dies geht aus der am 25. März 2021 [veröffentlichten](#) Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) für 2021 hervor. Im Jahresdurchschnitt erwartet das IAB rund 1,6 Millionen Kurzarbeitende.

6. BMBF verlängert Zuschuss für Studierende in Notlagen

Wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) am 22. März 2021 [mitteilte](#), vereinbarten das BMBF und das Deutsche Studentenwerk die Verlängerung der Überbrückungshilfe für Studierende in pandemiebedingter Notlage auch über das gesamte Sommersemester 2021. Studierende an staatlich anerkannten Hochschulen in Deutschland können seit Juni 2020 eine Überbrückungshilfe in Form eines Zuschusses beim regional zuständigen Studentenwerk online beantragen. Der Zuschuss beträgt bis zu 500 Euro und wird monatlich gewährt. Die Anträge zur Überbrückungshilfe für Studierende werden von den 57 regionalen Studierenden- und Studentenwerke bearbeitet, wobei diese ausschließlich online über die etablierte bundesweit einheitliche IT-Plattform www.überbrückungshilfe-studierende.de gestellt werden können.

7. Kurzarbeit beeinflusst Lohnentwicklung und Wochenarbeitszeit deutlich

Diese Einschätzung formuliert das Statistische Bundesamt (Destatis) in einer [Mitteilung](#) vom 24. März 2021. Der Nominallohnindex in Deutschland sank 2020 nach endgültigen Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 0,7 Prozent. Der Index bildet die Entwicklung der Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen ab. Die Verbraucherpreise stiegen im selben Zeitraum um knapp 0,5 Prozent. Die Reallöhne sanken 2020 damit um 1,1 Prozent gegenüber 2019. Somit ergab sich gegenüber den am [17. Februar 2021](#) veröffentlichten vorläufigen Ergebnissen eine Korrektur von 0,1 Prozentpunkten nach unten. Die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung 2020 war laut Destatis stark durch den vermehrten Einsatz von Kurzarbeit im Zuge der Corona-Krise beeinflusst: Kurzarbeit reduziert die bezahlte Wochenarbeitszeit und damit den Bruttomonatsverdienst. Wenngleich das Kurzarbeitergeld die Verdiensteinbußen für viele Beschäftigte abgefedert hat, ist es eine Lohnersatzleistung und kein Verdienstbestandteil. Daher wird es in den Verdienststatistiken nicht erfasst. Insgesamt reduzierte sich die bezahlte Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten im Vergleich zu 2019 um durchschnittlich 2,9 Prozent.

8. Modernisierung der Körperschaftsteuer

Das Bundeskabinett beschloss am 24. März 2021 den Entwurf des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) für ein Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts. Damit sollen laut einer [Mitteilung](#) des BMF die steuerlichen Rahmenbedingungen insbesondere für mittelständische Personengesellschaften und Familienunternehmen verbessert sowie das Unternehmensteuerrecht internationalisiert werden. Kern des Gesetzentwurfes ist die Einführung einer Option zur Körperschaftsteuer, die es Personenhandelsgesellschaften und Partnerschaftsgesellschaften ermöglicht, wie eine Kapitalgesellschaft besteuert zu werden.

9. Durchschnittlich täglich 26 berufliche E-Mails

Das ist ein Ergebnis einer Befragung im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, [veröffentlicht](#) am 22. März 2021. Die durchschnittliche Zahl der täglichen Mails Berufstätiger steigt damit weiter

an: Vor drei Jahren waren es noch 21 E-Mails pro Tag, 2014 18 Mails. Die meisten beruflichen E-Mails bekommen die 50- bis 64-jährigen Berufstätigen, nämlich durchschnittlich 30 am Tag. 26 sind es bei den 30- bis 49-Jährigen und 22 E-Mails bei den 16- bis 29-Jährigen. Obwohl die Kommunikation gerade in den vergangenen Monaten durch Kollaborationstools und Videokonferenzen ergänzt wurde, ist die E-Mail für die meisten Berufstätigen weiterhin der wichtigste Kanal, so die Autoren. Insgesamt bekommt jeder siebte Berufstätige (14 Prozent) bis zu zehn E-Mails täglich. Bei 22 Prozent sind es zwischen zehn und 20 Mails pro Tag. Jeder Vierte (24 Prozent) gibt an, täglich zwischen 20 und 30 berufliche Mails zu erhalten. Bei weiteren 26 Prozent sind es sogar 30 Mails und mehr. Zwölf Prozent der Erwerbstätigen gebe an, keine berufliche E-Mail-Adresse zu nutzen.

10. Hochschulausgaben gestiegen

2019 gaben die öffentlichen, kirchlichen und privaten Hochschulen in Deutschland insgesamt 61 Milliarden Euro für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung aus. Wie das Statistische Bundesamt am 23. März 2021 weiter [mitteilte](#), stiegen die Ausgaben damit gegenüber 2018 um rund sieben Prozent. Mit 35,2 Milliarden Euro waren die Personalausgaben der größte Ausgabeposten der Hochschulen. Sie machten 2019 wie in den Vorjahren rund 58 Prozent der gesamten Hochschulausgaben aus. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Personalausgaben um sieben Prozent, die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand um fünf Prozent auf 20,6 Milliarden Euro und die Investitionsausgaben um zehn Prozent auf 5,2 Milliarden Euro. Die Ausgabensteigerungen konnten die Hochschulen zu einem beträchtlichen Teil über höhere Einnahmen finanzieren, die 2019 im Vergleich zum Vorjahr um sieben Prozent auf insgesamt 32,8 Milliarden Euro stiegen. Durch diese Einnahmensteigerung konnte somit wiederum mehr als die Hälfte der Ausgaben eigenfinanziert abgedeckt werden.

11. Elterngeld 2020: Väteranteil steigt

Rund 1,9 Millionen Frauen und Männer in Deutschland erhielten 2020 Elterngeld. Das waren rund 4.000 oder 0,2 Prozent weniger als 2019. Wie das Statistische Bundesamt am 25. März 2021 weiter [mitteilte](#), erhöhte sich die Zahl der Männer mit Elterngeldbezug im Vorjahresvergleich um 6.500 (+1,4 Prozent). Dagegen ging die Zahl der leistungsbeziehenden Frauen um 10.500 (-0,7 Prozent) zurück. Dadurch stieg der Väteranteil auf 24,8 Prozent (2019: 24,4 Prozent). Damit hat sich der kontinuierliche Anstieg des Väteranteils auch 2020 fortgesetzt. 2015 hatte er noch bei 20,9 Prozent gelegen. Allerdings gibt es erhebliche regionale Unterschiede bei den Väteranteilen.